

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden  
Nr. 1268, Raben & Comp.

Organ für das **werkstätige Volk**

Konten: Sächsische Staatsbank,  
Dresden, Bank d. Arbeiter, Angew.  
Gewerksch. u. Beamten, R.W. Dresden,  
Gedreher Knobold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalt, hat der Bezugsnehmer der Dresdner Volkszeitung seinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Preisabrechnung mit der staatlichen Unterhaltungsabteilung Wehen,  
Witten, Pannh. an der Handl. monatlich 1,80 M., zu-  
sätzlich 40 Pf. Bringerlohn. Wochensatz 1,80 M., ausgl. Woch. u. Zu-  
stellungssatz, 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Verantwortung: Verantwortl. Red. Nr. 26 261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Verantwortl. Red. Nr. 26 261 u. 12 707.  
Verantwortl. Red. Nr. 26 261 u. 12 707.  
Verantwortl. Red. Nr. 26 261 u. 12 707.

Abrechnung: Die 30 mm breite Standardzeile 25 Pf., die  
30 mm breite Werbefläche 3 Pf., für auswärts 40 Pf., u. 2,50 Pf.,  
abwärts Verrechnung laut Tarif. Familienangehörige, Schulen, u.  
Mitglieder 20 Pf. netto. Für Briefmarken 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 117

Dresden, Sonnabend, den 21. Mai 1932

43. Jahrgang

## Die Internationale zur Kriegsgefahr

Aufruf an die Arbeiter der Welt - Solidarisch mit Rußland

### Die Friedensstimme der Millionen

S. Zürich, 20. Mai. (Fig. Drahtbericht.)

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beendete am Freitag ihre Beratungen. An der Sitzung nahm auch Breitscheid teil. Nach sehr eingehender Debatte, in der Crispian für die deutsche Delegation das Wort ergriff, wurde eine Entschließung über die Lage im Fernen Osten und die Kriegsgefahr an den Grenzen der Sowjetunion gefaßt, in der es heißt:

„Die Internationale stellt fest, daß die Nachgiebigkeit und die Mitschuld einer Anzahl von Großmächten Japan die Möglichkeit geboten haben, sich den Verpflichtungen zu entziehen, die es durch seinen Beitritt zum Völkerbündnispaakt, zum Kriegsschlichtungspakt auf sich genommen hat. Die S.A.I. fordert alle ihr angeschlossenen Parteien auf,

auf ihre Regierungen einen Druck auszuüben,

damit die von ihnen selbst eingegangenen Verpflichtungen, einen Angreifer zur Wahrung des Friedens zu zwingen, nicht länger mißachtet werden. Die S.A.I. ist sich der Schwäche und der Mitschuld des größten Teils der in Genf vertretenen Regierungen bewußt und

richtet daher an die organisierte Arbeiterklasse selbst die Aufforderung, zu handeln.

Ein Krieg Japans gegen die Sowjetunion fordert notwendigerweise Gegenrevolution nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt. Ein Angriff Japans auf Rußland kann einen Weltkrieg heraufbeschwören. Die Arbeiter fordern:

1. Die sofortige und bedingungslose Räumung Schanghai und der Wanhschui durch die japanischen Streitkräfte;
  2. falls Japan dies verweigern sollte, die Abberufung aller Gesandten und Botschafter aus Japan;
  3. wenn nötig die Anwendung von wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, falls Japan nicht bereit ist, zu tun, was im Interesse des Weltfriedens geschehen muß.
- Wenn Japan trotz alledem seine Angriffsvorbereitungen und Drohungen nicht einstellen sollte, so wird die S.A.I. an den Internationalen Gewerkschaftsbund appellieren, um gemeinsam mit allen Mitteln sich der Herstellung und Verschiffung von Munition, dem Transport von Kriegsmaterial und von Waren nach Japan zu widersetzen und alle Schiffe, die aus Japan eintreffen oder dorthin fahren, zu boykottieren.

Die Arbeiter werden sich mit der Verteidigung der Sowjetunion solidarisch erklären,

falls sie angegriffen werden, und das Attentat auf den Frieden anprangern. Sie werden jedem Ubergreifen des Krieges auf andere Länder entgegentreten, ebenso wie sie sich jedem Versuch widersetzen werden, andere Länder in den Krieg gegen Sowjetrußland einzubeziehen. Falls Sowjetrußland gezwungen sein sollte, sich gegen einen Angriff zu verteidigen, rechnet die S.A.I. darauf, daß alle ihr angeschlossenen Parteien, die ihre Tätigkeit innerhalb der Grenzen der Sowjetunion entfalten, sich demnächst nach den in der Berner Resolution gegebenen Richtlinien verhalten und sich jeden separatistischen und aufrührerischen Handlungen widersetzen, die zur Lähmung der Verteidigung Sowjetrußlands gegen den japanischen Angriff führen müßten. Die S.A.I. stellt überdies fest, daß die Verteidigung der Sowjetunion um so besser gesichert wird, je mehr die Politik der Regierung der Sowjetunion es ermöglichen wird, alle sozialistischen Kräfte des Landes, die aktiv teilnehmen an der Verteidigung der russischen Revolution, zu vereinen.“

Die Exekutive behandelte auf Grund von Berichten, die Silberding und Longuet erstatteten, dann noch die Probleme der internationalen politischen Schulden, der Weltwirtschaftskrise und der Lage in Deutschland und Frankreich. Eine einstimmig beschlossene Resolution über die Lage in Danzig ruft die Arbeiterklasse

aller Länder zum Protest gegen die Vergewaltigung der Arbeiterklasse in Danzig wie in Polen auf, die mit den Freiheitsrechten der Arbeiter zugleich den Weltfrieden bedroht.

### Problem der Donaufstaaten

S. Zürich, 21. Mai. (Fig. Funk.) Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale faßte am Freitag u. a. noch eine Entschließung über das Problem der Donaufstaaten. Darin wird erklärt: Die S.A.I. begrüßt jeden Versuch, die protektionistischen Hindernisse des internationalen Warenaustausches abzubauen, aber ein System der Vorzugsabfälle zwischen den Staaten des Donaubens würde nur dann einen Fortschritt in dieser Richtung bedeuten, wenn

- a) Abgerichtet würde, daß die Vorzugsabfälle zwischen diesen Staaten wesentlich niedriger wären, als gegenwärtig im Verkehr zwischen diesen;
- b) wenn die Einführung des Systems der Vorzugsabfälle keinesfalls zum Vorwand genommen würde, die Zollschranken gegen-

über den außerhalb des Donaubens gelegenen Staaten zu erhöhen und

- e) wenn besonders die engere wirtschaftliche Verbindung zwischen den Staaten des Donaubens ihre Ergänzung fände in Maßnahmen, die den Handel mit denjenigen Ländern erleichtern sollen, welche sowohl an dem Export als auch an dem Import der Staaten des Donaubens einen größeren Anteil haben.

Die Bemühungen um die engere wirtschaftliche Verbindung der Donaufstaaten dürften jedoch in keinem Fall zum Vorwand irgendwelcher machtpolitischen, imperialistischen Zwecken dienenden Kompensationen oder politischen Allianzen mißbraucht werden, weder für imperialistische Zwecke Frankreichs noch für imperialistische Zwecke Italiens und Deutschlands.

Das Sekretariat soll, so bald die internationalen Verhandlungen über die Donauffrage greifbare Gestalt annehmen, die daran interessierten sozialistischen Parteien zu einer Konferenz einladen, um ihre Zusammenarbeit im Kampfe um die Gestaltung dieser Pläne sicherzustellen.

Die Resolution protestiert ferner gegen jede internationale Kontrolle über die Finanzen einzelner Länder, die erfahrungsgemäß zum Druck auf die Löhne und auf die sozialen Einrichtungen dieser Länder mißbraucht wird.

## Die drohende Drosselung

Arbeitslosenunterstützung soll unter die Krisenfürsorge gesenkt werden  
Eine Beschäftigtensteuer?

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Entscheidung der Reichsregierung über die weitere Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung steht unmittelbar bevor. In dieser ersten Stunde tagte in Berlin in unmittelbarer Nähe des Preussischen Landtags die neue preussische Hitler-Fraktion. Man war gespannt, was sie zu den Sorgen dieser Stunde sagen werde — zur Sorge der Arbeitslosen, zur Sorge der Tausende und aber Tausende, die von neuem Leistungsabbau im Arbeitslosenschutz bedroht sind. Die Hitler-Fraktion hat getagt, aber man hat kein Sterbenswörtchen von ihr für die Arbeitslosen, für die Hungernden vernommen.

Die Herrschaften von Hitler haben andere Sorgen. Sie haben der Schwerindustrie den Weg zur Macht zu ebnen, und diese Schwerindustrie hat ihre Vorposten bereits in unmittelbarer Nähe der Wilhelmstraße vorgehoben. Diese Schwerindustrie hat nicht das geringste Interesse an der Aufrechterhaltung des Arbeitslosenschutzes. Sie will vielmehr gerade das Fundament des Arbeitslosenschutzes, die Arbeitslosenversicherung, zerstören: denn ihr Ziel ist völlige Ellenbogenfreiheit in der Lohnfestsetzung, und auf dem Weg zu diesem Ziel steht ihr die Arbeitslosenversicherung, d. h. der Rechtsanspruch eines Arbeitslosen auf Unterstützung, im Weg.

Wieder einmal können die Arbeitslosen erkennen, daß sie allein in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften einen Helfer haben. Ohne Sozialdemokratie und ohne Gewerkschaften — das kann man heute mit aller Bestimmtheit behaupten — wäre die Arbeitslosenversicherung zur Stunde bereits erledigt. Seit Wochen wird die Regierung bestrebt, jetzt endlich mit dem ganzen bisherigen Aufbau des Arbeitslosenschutzes, vor allem mit der Arbeitslosenversicherung, Schluß zu machen. Nur der festen Haltung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ist es zu verdanken, daß auch der Reichsarbeitsminister im Kampf um die Versicherung fest blieb. Die Arbeitslosenversicherung bleibt bestehen.

Damit ist aber natürlich die Finanzierung des Arbeitslosenschutzes im allgemeinen noch nicht unter Dach und Fach. Der bedenklichste Punkt in den bisher vorliegenden Finanzierungsplänen ist die Kürzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung. Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben die Regierung mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich in einen scharfen Gegensatz zur Arbeiterschaft bringt, wenn sie Pläne durchführt, die auf eine Kürzung der Unterstützungsleistungen in der Versicherung von 20 auf 13 Wochen oder gar auf eine Kürzung der Unterstützungslei-

stungen in der Versicherung wie in der Krisenfürsorge hinauslaufen.

Hunger tut weh, und der Hunger der Arbeitslosen muß gestillt werden, und zwar um jeden Preis. Das ist für die Arbeiterschaft eine Selbstverständlichkeit. Sie kennt den Hunger, und es ist ja noch immer so im Leben gewesen, daß nur der, der die Not kennt, für den Notleidenden ein Herz hat. Wo immer und wie irgend immer die Arbeiterschaft bei der Hilfe für die Arbeitslosen mithelfen kann, ist sie bereit. Aber sie muß darauf bestehen, daß die Last gerecht verteilt wird, daß alle an der Last mittragen helfen.

### Auch eine Anpassung?

Nach den neuesten Meldungen sehen die Pläne, die man jetzt für die Neugestaltung der Unterstützungen und der Steuern hat, folgendermaßen aus:

Das Reichskabinett hat Freitag abend die Beratungen über den Haushalt und die Arbeitslosenunterstützung fortgesetzt, und für Sonnabend vermittelt ist bereits die nächste Sitzung über den gleichen Gegenstand anberaumt. Die bisherigen Meldungen über die geplante Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung haben sich durch den weiteren Verlauf der Kabinettsberatungen im wesentlichen bestätigt. Es ergibt sich gegenwärtig folgendes Gesamtbild:

Die Verteilung der Arbeitslosenunterstützung in der Versicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge bleibt bestehen. Die Arbeitslosenversicherung wird sich auch weiterhin wie bisher selbst finanzieren, jedoch wird die Unterstützungsdauer in dieser Gruppe auf 13 Wochen herabgesetzt (bisher betrug sie 20 Wochen und für Saisonarbeiter 16 Wochen). Ebenso beträgt sich, daß die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge entsprechend verlängert wird, so daß die Gesamtdauer in beiden Klassen bei 58 Wochen bleibt, also 13 Wochen Arbeitslosenversicherung und 45 Wochen Krisenfürsorge. Die Höhe der Leistungen wird in beiden Gruppen einander angepasst, und zwar wird sie etwas niedriger als bei dem bisherigen Satze der Krisenfürsorge liegen.

Der Gesamtbetrag der Arbeitslosenunterstützung ist auf 3,018 Milliarden Mark veranschlagt, und zwar hat man dafür einen Durchschnittssatz von 5,9 Millionen Mark Arbeitslosen zugrunde gelegt, während man für das Sommerhalbjahr den sehr hohen Satz von 5,5 Millionen angenommen hat. Die Arbeitslosenversicherung wird einen Gesamtbeitrag von 1,082 Milliarden Mark erlösen. Der gesamte übrige Teil der 3,018 Milliarden Mark entfällt auf Reich und Gemeinden. In den Reichsbudgets werden allein 880 Millionen Mark Reichsausschuss für die Krisenfürsorge eingelegt, alles übrige kommt nicht in den Haushalt. Die Gemeinden haben von sich aus 680 Millionen Mark aufzubringen — im Vorjahr waren es 677 Milli-